

Argentinisches Tageblatt

Sonnabend, 29. März 2003

113. Jahrgang Nr. 31.399

Weiter Demonstrationen im ganzen Land

Erinnerung an Militärputsch / Manifestationen gegen Irak-Krieg / Boykott-Aufrufe

Zehntausende haben am Montag in ganz Argentinien aus Protest gegen den Irak-Krieg und in Erinnerung an den Militärputsch vor 27 Jahren demonstriert. Allein in Buenos Aires gingen rund 80.000 Menschen auf die Strasse und erinnern an den Putsch von 1976 und die Opfer der bis 1983 andauernden Militärdiktatur. Unter den Demonstranten waren Vertreter von Menschenrechtsorganisationen, Linksrundgruppen und Strassenblockierern.

Auch im Landesinneren gedachten die Menschen des Putsches und demonstrierten gegen den Krieg. In der Provinzhauptstadt La Plata wurde das landesweit erste Museum über Staatsterrorismus eröffnet. Der Friedensnobelpreisträger von 1980, Adolfo Pérez Esquivel, leitete in einer Polizeiakademie in der Provinz Buenos Aires ein Seminar zum Thema Menschenrechte.

Die Strassenblockierer-Organisati-

on Klassenkämpferische Strömung (CCC) schickte landesweit ihre Mitglieder und Sympathisanten auf die Strasse, um „für Erinnerung, Wahrheit und Gerechtigkeit einzustehen“, wie CCC-Sprecher erklärten. Die Kundgebungen richteten sich zudem „gegen den imperialistischen Kampf der USA im Irak“. In La Matanza, im Grossraum Buenos Aires, sperrten CCC-„Piqueteros“ zeitweise den Zugang zu dem spanischen Ölkonzern Repsol-YPF. Damit wurde gegen die Unterstützung der US-Politik durch die Regierung in Madrid demonstriert.

Bereits am Sonntag hatten sich in Buenos Aires die Mütter der Plaza de Mayo auf dem Platz vor dem Präsidentenpalast versammelt, um dem 27. Jahrestag des Putsches zu gedenken. Man habe die Aktion einen Tag vorgezogen, „um nicht von Politikern unterwandert zu

werden“, sagte Hebe de Bonafini, Vorsitzende einer der „Mütter“-Organisationen.

Unweit der Casa Rosada, die von starken Polizeieinheiten massiv gesichert wurde, forderten die Frauen eine Strafverfolgung der Verantwortlichen für Folter, Mord und das Verschwindenlassen von Regimekritikern. Nach offiziellen Angaben wurden während der siebenjährigen Diktatur rund 9.000 Menschen getötet oder gelten weiterhin als „verschwunden“. Menschenrechtsorganisationen gehen von bis zu 30.000 Opfern aus.

Am Mittwoch und Donnerstag demonstrierten erneut Friedensaktivisten vor zahlreichen McDonald's-Filialen im Zentrum von Buenos Aires gegen den Irak-Krieg. „Jeder verkaufte Hamburger tötet ein Kind im Irak“ und „Schon eine Mahlzeit bei McDonald's finanziert Kriegswaf-

fen“, skandierten die Demonstranten. Zahlreiche Teilnehmer versperrten den Zugang zu den Lokalen der US-Fastfood-Kette, indem sie sich auf die Gehwege legten und Kriegssopfer mimten. Auch aufgeknapfte Puppen in US-Uniform waren zu sehen. „McDonald's mag zwar ‚Glückstüten‘ (cajitas felices) mit Kinderspielzeug verkaufen. Damit wird jedoch nur der Krieg finanziert“, sagte ein Demonstrant. Angesichts der Demonstrationen schlossen einzelne Filialen zeitweise ihren Betrieb.

Menschenrechtsorganisationen und Friedensaktivisten riefen unter der Woche mehrfach zum Boykott US-amerikanischer, britischer und spanischer Produkte auf. Die Lokale verschiedener US-Fastfood-Ketten wurden von den Porteños dennoch zumeist gut besucht.

„Rufpflege als Staatspolitik notwendig“

Deutschland leistet Image-Hilfe für Argentinien / Konferenz im April

Die Konrad-Adenauer-Stiftung in Argentinien und die Deutsch-Argentinische Handelskammer werden sich um die Aufbesserung des schlechten Rufes Argentiniens im Ausland kümmern. In Zusammenarbeit mit der spezialisierten Zeitschrift „Imagen“ und der El Salvador-Universität von Buenos Aires organisieren beide deutsche Institutionen am 9. und 10. April im Auditorium der Banco Nación in Buenos Aires eine Konferenz, auf der Vorschläge von Experten und erfolgreiche ausländische Erfahrungen mit dem Marketing von Ländern und Regionen diskutiert werden.

Nach Ansicht der Veranstalter, wird die künftige Regierung Argentiniens das Problem des schlechten Images des Landes im Ausland möglichst schnell und entschieden aufgreifen müssen, wenn sie ausländische Regierungen, Investoren, Sparer, Kunden und Touristen überzeugen möchte, dass das Land wieder vertrauenswürdig ist.

Unter dem Namen „Argentina Marca País“ (Landesmarke Argentinien) wollen die Veranstalter mit dem Seminar vor allem die Aufmerksamkeit der Politiker im Wahlkampf auf das Image-Problem des Landes lenken.

„Die Unruhen Ende 2001, die Konfiskation und Pesifizierung der Spareinlagen, der massive staatliche und private Schulden-Default, die immerwährende Rechtsunsicherheit, die Strassenblockaden und die gestiegene persönliche Unsicherheit haben den Ruf des Landes schwer geschädigt“, erklärt Diego Dillenberger, Herausgeber der Zeitschrift „Imagen“ und Mitveranstalter der Konferenz.

„Der Image-Schaden ist so gross, dass die künftige Regierung sich darum bemühen sollte, nicht nur eine bessere Politik zu betreiben, sondern auch möglichst effektiv diese Fortschritte im Ausland bekanntzumachen. Dazu muss das Land endlich die Image-Pflege als Staatspolitik

einführen, wie es uns heute alle wirtschaftlich erfolgreichen Länder vorführen“, fügt Dillenberger hinzu.

Einer der Hauptgründe, warum sich die beiden deutschen Institutionen in Argentinien um das Image des Landes bemühen, ist die Feststellung, dass sich besonders in Deutschland der Ruf Argentiniens in den letzten Jahren alarmierend verschlechtert hat.

Unter den Hauptrednern ist der Handels-Vertreter von Bayern in Mexiko, Wilhelm Boucsein, vorgesehen, der den Erfolgsfall der Imageänderung dieses Bundeslandes vortragen will.

Darüberhinaus werden der chilenische Marketingberater Francisco Celledón und ein Vertreter der Stiftung ProChile die erfolgreichen Erfahrungen des südamerikanischen Landes mit dem Auslandsmarketing von chilenischen Produkten vortragen.

Infos: www.reporteinformativo.com.ar/marcapais/.



CD Rom / Touch-Screen
Web / Video Digital
3D / Animaciones
(5411)4703-5509
www.multimedia.com.ar

Barrionuevo bleibt Senator

Abstimmungsniederlage nicht entscheidend / Politiker will nun Menem unterstützen

Der umstrittene PJ-Politiker und Gewerkschafter Luis Barrionuevo behält seinen Sitz im Senat. Dies ergab in der Nacht auf Donnerstag eine Abstimmung im Oberhaus. Dabei votierten 37 Senatoren für einen Ausschluss Barrionuevos, 28 dagegen. Vier Mitglieder des Oberhauses waren bei der Stimmabgabe nicht zugegen. Damit wurde die laut Verfassung für einen Ausschluss wegen „moralischer Unfähigkeit“ notwendige Zweidrittel-Mehrheit der anwesenden Senatoren verfehlt. Bei 65 Votanten wären hierzu 44 Stimmen notwendig gewesen. Für einen Verbleib von Barrionuevo votierte ein Peronismus vor allem der menemistische Flügel. Nach dem Abstimmungserfolg um vier Uhr morgens intonierten Barrionuevo-Symphatisanten noch im Senat

den „Peronisten-marsch“.

In einer ersten Stellungnahme kündigte Barrionuevo für die nächsten Wochen eine „rückhaltlose Unterstützung“ der Präsidentschaftsformel Carlos Menem/Juan Carlos Romero im Vorfeld der Wahlen am 27. April an. Die Äusserung stiess auf Kritik bei Übergangspräsident Eduardo Duhalde, der sich von Barrionuevo eine Unterstützung seines Kandidaten Néstor Kirchner erhofft hatte. Nicht zuletzt deshalb, weil Duhalde derzeitige Arbeitsministerin Graciela Camaño Barrionuevos Ehefrau ist.

Eine von der Opposition in Gang gesetzte Kommission für Verfassungsfragen hatte Mitte März gegen Barrionuevo ein Ausschlussverfahren eingeleitet. Barrionuevo gilt als Drahtzieher der

Unruhen in Catamarca, die am 2. März zum Abbruch der Gouverneurswahlen in der verarmten Andenprovinz geführt hatten.

Die Provinzjustiz hatte Barrionuevo eine Kandidatur verweigert, weil er das in der Provinzverfassung vorgeschriebene Domizil in Catamarca von vier Jahren nicht nachweisen konnte. Daraufhin hatte der Mob in der gesamten Provinz Wahllokale absperret und Urnen verbrannt. Es wird vermutet, dass Barrionuevo die Schlägertruppe auf die Strasse geschickt hat. In der Vorwoche hatte der von Barrionuevo angerufene Oberste Gerichtshof das Urteil aus Catamarca bestätigt. Ein neuer Termin für die abgebrochenen Wahlen steht noch nicht fest.

Von den 28 Stimmen für einen Verbleib Barrionuevos im Senat

kamen 27 aus dem Peronismus. Für eine Überraschung sorgte die Senatorin Diana Conti (Frepaso-Buenos Aires), die sich im letzten Moment für eine Unterstützung Barrionuevos entschloss. „Ich habe ein ruhiges Gewissen“, sagte Conti und wies die Kritik ihrer Parteikollegen zurück. Conti rechtfertigte ihr Votum damit, dass „meinem Antrag auf unbefristete Suspendierung Barrionuevos nicht stattgegeben“ wurde. Einem endgültigen Ausschluss des Gewerkschaftsführers, wie ihn die Kommission vorsah, habe sie daher nicht zustimmen können.

Seit der Rückkehr zur Demokratie 1983 wurde noch nie ein Senator aus dem Oberhaus ausgeschlossen. 49 Vertreter verzichteten jedoch freiwillig auf ihren Sitz oder gaben vorzeitig ihr Amt ab.

Widerspruchsvolle Umfragen

Nur vier Wochen vor den landesweiten Präsidentschaftswahlen vom 27. April lassen sich aus den Umfragen über die Absichten der Wähler keine klaren Schlüsse ziehen, welchen Kandidaten die besten Chancen für einen Wahlsieg eingeräumt werden.

Das gute halbe Dutzend Meinungsforscher, die laufend Umfrageergebnisse verbreiten, zeigt seit Monaten ein sogenanntes technisches Patt zwischen den massgebenden Kandidatenformeln Menem-Romero, Kirchner-Scioli, Rodríguez Saá-Posse, Carrió-Gutiérrez und López Murphy-Díez Gómez. In den Umfragen bewegen sie sich um die 15 Prozent. Die Abweichungen betragen etwa drei Prozentpunkte nach oben bis 18 Prozent und nach unten bis 12 Prozent. Umfragen sind nie genau, sondern nur Annäherungswerte, weshalb sie Irrtümer als mögliche Abweichungen einplanen.

Die einzige Umfrage, die einen klaren Sieger ergibt, wurde von der Finanzzeitung „Ambito Financiero“ zuerst in der Hauptstadt und Umgebung und dann in allen Provinzen erhoben, ohne die Wähler telefonisch zu befragen. Die Umfragen wurden an bestimmten öffentlichen Orten wie Restaurants, Fussballstadien, Universitäten und dergleichen erhoben, allerdings ohne Methode. Diese Umfrage ergab landesweit fast 30 Prozent für Menem, die auf 35 Prozent hochgerechnet werden, wenn 15 Prozent Unentschiedene prozentual zugeteilt werden. An zweiter Stelle figuriert López Murphy mit 14,4 (17,9) Prozent vor Kirchner mit 12,2 (14,4) Prozent, Rodríguez Saá mit 12,1 (14,3) Prozent und Carrió mit 10,1 (11,9) Prozent. Andere nicht veröffentlichte Umfragen, die aus Regierungskreisen durchsickern, bescheiden Menem zwischen 37 und 40 Prozent in der ersten Runde, welches Resultat sicherlich die Zweitwahl überflüssig machen würde.

Mit dermassen niedrigen Wählerpräferenzen laut den meisten Umfragen, die allen Formeln weniger als 20 Prozent zuerkennen, müsste sich eine Zweitwahl aufdrängen. Sie ist für den 18. Mai vorgesehen, sollte keine Formel mit mindestens 45 Prozent der gültigen und positiven Stimmen siegen, so dass weisse und ungültige Stimmen nicht gezählt werden. Mit 40 Prozent der gültigen und positiven Stimmen sowie zehn Prozentpunkten Vorsprung vor der nächstgewählten Formel wird die Siegerformel auch automatisch als solche anerkannt.

Bei der Hypothese der Stichwahl haken andere Fragen der demoskopischen Untersuchungen ein. Nachdem gefragt worden war, für welche Kandidatenformel sich der Befragte entscheidet, soll er sich äussern, für welchen Kandidaten er unter keinen Umständen weder in der ersten noch in der zweiten Wahlrunde stimmen wird. Auf diese Fra-

ge lautet die Antwort durchweg in allen Umfragen gegen Menem, den über die Hälfte der Befragten angeben, unter keinen Umständen wählen zu wollen. In der Folge würde Menem in einer Zweitwahl gegen alle anderen Kandidatenformeln verlieren. Ein gleich lautendes Ergebnis werfen die wenigen Umfragen ab, die für die Zweitwahl die massgebenden fünf Kandidatenformeln nach Paaren gegenüberstellen. Menem verlöre dann gegen Kirchner, Rodríguez Saá, Carrió und López Murphy. Allein diese Fragestellung zeigt, dass die kommenden Präsidentschaftswahlen weitgehend in einem Zweikampf der vier Kandidaten gegen Menem ausarten, gegen den übrigens 1989 und 1995 die Hälfte der Wählerschaft gewählt hat.

Deutlich widersprüchlich ist die dritte Frage der meisten Umfragen: wen betrachten Sie als den wahrscheinlichsten Wahlsieger? Die überraschende Antwort lautet mehrheitlich stets Menem. Wenn letzterer nicht in der ersten Runde siegt und gegen alle Kandidaten in der zweiten Runde verliert, ist sein mutmasslicher Sieg laut Umfragen ein Paradoxon, das schwer zu erklären ist.

Umfragen sind in Argentinien freilich mit Vorsicht zu geniessen. Öfters nahmen die Umfragen ein Ergebnis vorweg, das von der echten Wahl Lügen gestraft wurde, ebenso wie deutliche Abweichungen der gezählten Wahlzettel mit den Umfrageergebnissen kurz vor den Wahlen vermerkt worden ist. Ob befragte Wähler lügen oder ihre Meinung wechseln, ob sie aus Furcht aussagen und dann in der Dunkelkammer anders wählen, lässt sich nicht sagen.

Ebenso gibt es so etwas wie einen Siegesog, wenn sich kurz vor den Wahlen ein Kandidat profiliert. Manche Wähler handeln dann im Sinne, dass sie ihre Stimme nicht „verlieren“ wollen und wählen für den vermeintlichen Sieger. Bislang hat sich noch keine Kandidatenformel in den meisten Umfragen als Sieger profiliert. Möglicherweise wird es in den vier letzten Wochen eine Polarisierung der beiden führenden Formeln Menem-Romero und Kirchner-Scioli geben, die sich dann von den anderen Formeln abheben.

Für eine Zweitwahl mit unsicherem Ausgang müsste der Unterschied zwischen dem Sieger und dem Nachfolger nur wenige Prozentpunkte ausmachen, da bei grösserer Differenz der Sieger der ersten Runde auch der Gewinner der zweiten wird, wie es mehrere Stichwahlen der letzten Jahrzehnte in Lateinamerika gezeigt haben. Sollte eine Polarisierung tatsächlich eintreten, muss beobachtet werden, ob sie im bisherigen Patt mit geringen Abweichungen verharrt oder bereits den Sieger in Aussicht stellt.

WOCHEÜBERSICHT

Pressefreiheit

Der Medienverband SIP (Inter-amerikanische Pressegesellschaft) sieht die Pressefreiheit in Argentinien gefährdet. Luís Etchevehere, der für Argentinien zuständige Vizepräsident der SIP-Kommission für Presse- und Informationsfreiheit, stellte am Wochenende einen entsprechenden Bericht bei einer Versammlung der Organisation in San Salvador vor. Gründe dafür sieht Etchevehere, Direktor der Zeitung El Diario in Paraná, hauptsächlich in der schlechten wirtschaftlichen Situation, die viele Zeitungen und Zeitschriften in ihrer Existenz bedrohe und zu einem Einschnitt in der Meinungsvielfalt führe.

Alfonsín "vermittelt"

Er sei nicht als Vermittler gekommen, betonte Raúl Alfonsín bei allen seinen Gesprächen in Venezuela. „Er wolle die Streitparteien vielmehr zusammenbringen. Der Ex-Präsident traf sich mit Präsident Hugo Chávez sowie mit Oppositionspolitikern, Gewerkschaftern und Kirchenvertretern. Für den Argentinier steht in Venezuela "die Demokratie auf dem Spiel". Der radikale Politiker fordert die Konfliktparteien zu einer Rückkehr zum Dialog auf. Alfonsín hat für seine Mission Rückendeckung von Präsident Eduar-

do Duhalde, den er über die Ergebnisse ebenso informiert wie dessen chilenischen Amtskollegen Ricardo Lagos und den brasilianischen Staatschef Luis Inacio Lula da Silva.

Rozas-"Verzicht"

Gouverneur Angel Rozas wird sich nicht erneut zur Wahl des höchsten Amtes in der Provinz Chaco stellen. "Ich habe beschlossen, die Gesetze zu achten und will den Menschen noch ins Gesicht sehen können", erklärte der radikale Politiker seinen Verzicht, der ihm laut eigenem Eingeständnis schwer fällt. Rozas hätte laut Provinz-Verfassung nicht zum zweiten Mal wiedergewählt werden könnten, hatte aber die Möglichkeit einer Verfassungsänderung.

Krieg vs. Wahl

Einen Monat vor den Präsidentschaftswahlen ist von Interesse für dieses Ereignis kaum etwas zu spüren. Der Kampf in der irakischen Wüste hat den Wahlkampf verdrängt. Fast alle Medien geben in ihrer Berichterstattung dem Krieg Vorrang, auf den Bildschirmen machen sich die Präsidentschaftskandidaten rar. Präsident Eduardo Duhalde fasste die Wahlapathie knapp zusammen. Der Krieg im Irak habe die "Kandidaten anästhesiert".

Umgehungsautobahn

Ein alter Plan taucht wieder auf: die Ruta 6, eine Umgehungsautobahn, die La Plata mit Campana bzw. Zárate verbinden soll. Frühere Pläne für die Autobahn, von der man sich wirtschaftliche Impulse für den Großraum Buenos Aires verspricht, scheiterten an der Finanzierbarkeit. Diese soll jetzt über den Nationalen Straßensfonds gewährleistet sein. Man geht von Kosten in Höhe von 300 Mio. Pesos für die 216 Kilometer lange Strecke aus. Sie soll bis Dezember 2004 fertiggestellt und ohne Mautgebühren befahrbar sein.

Uni-Streik

Am Mittwoch waren bei einem landesweiten Streik 30 der 36 öffentlichen Universitäten geschlossen. Studenten und Dozenten wollten durch diese Maßnahme für ein höheres Hochschul-Budget demonstrieren. Sie fordern vom Staat zudem ausstehende Beträge

in Höhe von 489 Millionen Pesos. Nach Staatsangaben beläuft sich diese Summe auf lediglich 193 Millionen Pesos und nur für das zurückliegende Jahr. Der Streik wurde vor zwei Wochen beschlossen, weil Präsident Duhalde den Universitäten im Haushaltspan 2003 57 Millionen Pesos gestrichen hatte. Das entspricht etwa 3 Prozent des Hochschulstats von 1,8 Milliarden Pesos.

Nicolaides-Prozess

Ein Bundesgericht in Buenos Aires hat unter der Woche einen Prozess gegen den ehemaligen Heereschef Cristino Nicolaides bestätigt und Untersuchungshaft gegen den Ex-Militär angeordnet. Nicolaides wird vorgeworfen, für das „Verschwinden“ von über 20 Mononeros-Rebellen während der Militärdiktatur verantwortlich zu sein. Nicolaides war letzter Heereschef vor der Rückkehr zur Demokratie 1983.

Randglossen

Der UCR-Senator Raúl Baglini, damals Nationaldeputierter, prägte vor Jahren den Satz, dass Politiker in ihren Postulaten jeweils rationaler und gemässiger werden, je näher sie sich an der Macht empfinden. Der Satz gilt längst als das Baglini-Gesetz in der argentinischen Politik. Neuerdings kann man feststellen, wie sich der regierungshörige Kandidat Néstor Kirchner verhält, wenn er öffentlich auf Demagogie verzichtet, keine absurden Versprechungen abgibt, die er als Präsident nicht einhalten könnte, und seine Gegner eben deshalb kritisiert, weil sie ausgefallene Ideen vortragen. Vor Monatsfrist hatte sich Kirchner für die Rückverstaatlichung der Eisenbahner und des Erdöls erwärmt, welche Postulate inzwischen das Zeitliche gesegnet hatten. Baglini hatte recht.

Knapp einen Monat vor der Wahl vom 27. April sind alle Kandidaten darüber einig, dass der Devisenkurs nicht von der Regierung, sondern grundsätzlich vom Markt bestimmt werden soll, auch wenn die Zentralbank eingreift, um Schwankungen zu glätten. Menems Wirtschaftssprecher zielen auf einen starken Peso, aber nicht mehr auf eine Dollarisierung oder einen festen Wechselkurs ab, während alle anderen Kandidaten sich für den freien Kurs aussprechen. Im Irak-Krieg sind alle der Meinung, dass der Friede wieder hergestellt werden und dass Argentinien sich von einem Krieg fern halten soll, der nicht vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gebilligt ist. Ansonsten predigen die Kandidaten allerlei vermehrte Staatsausgaben und geringere Besteuerung wie eh und je in der argentinischen Politik, die wenig Neues unter der Sonne hervorbringt.

Chefankläger Moreno Ocampo

Der argentinische Staatsanwalt Luis Moreno Ocampo soll der erste Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) in Den Haag werden. Auf ihn haben sich inoffiziell die 89 Vertragsländer geeinigt, die das neue „Weltgericht“ gegründet haben, teilte der Präsident der Länderversammlung, der jordanische Prinz Zeid Ra'ad Zeid Al-Husseini, am Dienstag mit.

Die formelle Wahl werde beim nächsten Treffen der Vertragsländer zwischen dem 21. und 24. April in New York erfolgen. Der Strafgerichtshof soll Völkermord, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit weltweit verfolgen können.

Der Einigung auf Moreno Ocampo waren nach Darstellung des Prinzen monatelange Verhandlungen zwischen den Regierungen vorausgegangen. Dabei sei es um eine Reihe von Bewerbern gegangen. Moreno Ocampo ist nach seiner Darstellung ein kompetenter Ankläger von anerkannter Integrität. Seit 1985 war er an der Ahndung von Delikten der Militärjunta beteiligt. Der 52-Jährige ist zudem Mitbegründer einer angesehenen Anwaltskanzlei in Buenos Aires. 1989 gründete er die Verbrauchervertretung „Poder Ciudadano“. Auch für internationale Organisationen wie die Weltbank arbeitete Moreno Ocampo in der Korruptionsbekämpfung.

Im Vorjahr geriet Moreno Ocampo jedoch in die Kritik, als er den des Kindesmissbrauchs angeklagten Priester Julio Grassi verteidigte.

Bei der Eröffnung des Strafgerichtshofes am 11. März hatten Sprecher in Den Haag hervorgehoben, dass der Ankläger das Erscheinungsbild der neuen Rechtsinstanz entscheidend bestimmen werde. Die ersten 18 Richter, zu denen auch Hans-Peter Kaul aus Deutschland gehört, sind bei der Eröffnung feierlich vereidigt worden. Der kanadische Richter Philippe Kirsch wurde dabei zum zweiten Präsidenten des Strafgerichtshofes gewählt. (dpa/AT)

TABELLEN

Fußball - Copa Libertadores Vorrunde

u.a. Racing Club - Universitario (Per) 1:1, Independiente Medellín - Boca Juniors 1:0, Alianza Lima - Gimnasia LP 1:1.

Torneo Clausura

Sechster Spieltag: Boca - Lanús 3:1, Nueva Chicago - Racing 0:5, Rosario Central - Newell's 3:0, Huracán - River Plate 0:6, Independiente - Vélez 1:3, Estudiantes LP - San Lorenzo 4:1, Banfield - Gimnasia LP 0:1, Arsenal - Chacarita 0:0, Unión - Olimpo BB 1:3, Talleres - Colón 0:0.

Tabellenspitze: 1. Boca 15 Punkte, 2. Racing und Rosario Central, je 14.

Fußball

Racing 100

Der Traditionsverein Racing Club de Avellaneda hat am Dienstag seinen 100. Geburtstag gefeiert. Zum Jubiläum gab's neben einer Feier vor 55.000 Zuschauern im Stadion Juan Domingo Perón (Anfang der 50er vom General eigens in Auftrag gegeben) ein 1:1 gegen den peruanischen Spitzenclub Universitario Lima. Das Spiel war eine Vorrundenbegegnung der Copa Libertadores, die der Altmeister einmal, 1967, gewann. Im selben Jahr behielt Racing im ersten Welpokalfinale gegen Celtic Glasgow die Oberhand. In der Profifära des argentinischen Fußballs wurde Racing sieben Mal Meister, zuletzt im Dezember 2001 - nach einer 35-jährigen Durststrecke. Hinzu kommen ein Sieg in der Supercopa (1988) sowie neun Amateurmeisterschaften, sieben davon in Folge (1913-19). Aus dieser Zeit stammt auch der Kosename „Racing, die (Fußball-) Akademie“. (dpa/AT)

AUSFLÜGE UND REISEN

Zeitreise mit der Fragata Sarmiento

Jeden Freitag und Sonnabend ab 21 Uhr, sowie sonntags ab 19 Uhr kann man mit der Fragata Sarmiento (vertäut in Puerto Madero, Dique 3) imaginäre Seereisen antreten. Es ist möglich, an Bord des Museumschiffes entweder am Bug oder aber am Heck eine Traumreise zu beginnen und Erlebnissen zu lauschen, die Erika Wallner und Miguel Habud geschrieben und inszeniert haben. Anschließend kann man die 105 Jahre alte Dreimastbark besichtigen und anhand einer Ausstellung historischer Fotos Details von den 37 Weltumrundungen (1899 - 1938) erfahren, die die Sarmiento in ihrer aktiven Zeit als Segelschulschiff absolviert hat.

Die Besucher werden mit einem Imbiss nebst Erfrischung verköstigt. Zusammen mit dem Eintritt kostet der Besuch freitags und samstags 15, an Sonntagen 12 Pesos. Infos unter Tel.: 4816-3531 sowie 4334-9336.

Tourismus-Bus in Mendoza

In Buenos Aires ist der Dienst schon lange geplant, bisher aber noch nicht eingeführt. Dafür gibt es den Bus Turístico schon in Córdoba und neuerdings in Mendoza. Zweimal am Tag befährt hier der Omnibus eine bestimmte Strecke mit vier Stopps: Museo del Area Fundacional (die ursprüngliche Stadt Mendoza, 1861 vom Erdbeben zerstört), Aquarium, Cerro de la Gloria und Zentralmarkt.

Führungen sind möglich, ausgebildete Führer übernehmen die Erklärungen. Das Ticket schließt den Eintritt ins Aquarium sowie in das historische Museum ein. Morgens beginnt die Fahrt um 9.30 Uhr und endet um 12.30 Uhr, nachmittags dauert sie von 14.30 Uhr bis 17.30 Uhr. Das Billett kostet 15 Pesos für Erwachsene und 10 Pesos für Minderjährige.

Neuer Luxus-Omnibusdienst

Crucero del Norte heißt die Gesellschaft, die neuerdings Linienreisen mit Komfortomnibussen in viele Teile Argentiniens und in Nachbarländer anbietet. Vom Endbahnhof Retiro gibt es tägliche Abfahrten mit den mit echten Liegesesseln (Cama Suite und Cama Ejecutivo Leito) ausgestatteten Doppeldeckern nach Foz de Iguazú, Sao Paulo und Río de Janeiro. Es werden auch Dienste nach Paraguay sowie in den Süden des Landes angeboten. Infos im Internet unter: <http://www.cruceroelnorte.com.ar> und unter Tel.: 4315-1652, Terminal Retiro, Schalter 125.

Marlú

Muschel-Welt in Mar del Plata
30.000 Muscheln sind im Museo del Mar in Mar del Plata ausgestellt

Von Tim Cappelmann

60 Jahre und 26 Weltumrundungen hat der im Jahr 1914 in Jobson Vera, Santa Fe geborene Benjamín Sisterna gebraucht, um die beeindruckende Auswahl an 30.000 Muscheln von mehr als 3500 verschiedenen Spezies aus den Meeren, Flüssen und Stränden der Erde zu sammeln. Dabei ging es nicht nur um Glück, Geduld und Sammlerpassion, sondern auch um diplomatisches Fingerspitzengefühl. Denn nicht jede Muschel darf einfach eingesammelt und mitgenommen werden.

„Auf den Philippinen sind einige Exemplare heilig und dürfen den Inselstaat nicht verlassen. Der Volksglaube besagt, dass die Seelen der Verstorbenen in solchen Muscheln weiterleben“, erklärt Julia Sotes, eine der zwei Meeresbiologen des Museums. Bei Benjamín Sisterna machte die philippinische Regierung eine Ausnahme: Ihm wurde ein besonders schönes Exemplar der Gattung *Cypraea Aurantium Gmelin* für seinen Einsatz, Weltmeere und Muscheln zu schützen, geschenkt.

Sein Lebenswerk hat er nach seinem Tod im Jahr 1995 der Öffentlichkeit zugänglich gemacht, unter familiärer Leitung von Direktor Dr. Pablo Sisterna wird seine Sammlung aus mehr als 50 Ländern im Museo del Mar in Mar del Plata ausgestellt. Sie ist einzigartig in Argentinien und eine von wenigen so umfangreichen Muschelsammlungen weltweit.

Die größte Vielzahl an Stücken stammt dabei aus den wärmeren Gebieten, da die Artenvielfalt dort generell höher ist. Je wärmer das Wasser also, desto größer die Chance auf eine seltene und wertvollere Muschel. Denn auch die haben ihren Preis. „Der Wert der Stücke beläuft sich auf ein paar Cent für z.B. eine simple Miesmuschel, kann aber auch mehrere tausend Dollar bei exotischeren Exemplaren betragen“, erzählt Sotes. Die *Tridacna Squamosa* ist ein solches Prachtexemplar, besonders durch die ungewöhnlich wellenförmige Schale; es kann aber auch eine eher unscheinbare *Conus Gloriamaris Chemnitz* sein, die einfach nur durch Seltenheit besticht.

Was alle exotisch-seltenen Muscheln gemeinsam haben, ist ihr ärgster Feind: der Mensch. „Viele besondere Muscheln sind vom Aussterben bedroht, da die Meeresverschmutzung und -überfi-



Meeresbiologin Julia Sotes neben einem der wertvollsten Stücke des Museums, der *Tridacna Squamosa*.

schung zunimmt, sich das Klima erwärmt, die Pole schmelzen und sich die Wassertemperaturen verändern“, stellt Sotes eine Auswahl der vom Menschen verursachten Probleme dar, die den Muschelbestand reduzieren. Vor allem die japanische Perlenfischerei richtet gravierende Schäden an. Die Lebenserwartung einer der größten Muscheln, der Mördermuschel der Gattung *Tridacna*, beträgt normalerweise 200 Jahre; heute wird sie aufgrund der zunehmenden Meeresverschmutzung nur noch zwischen 40 und 60 Jahre alt. Dafür rächt sie sich der Legende nach gelegentlich bei unvorsichtigen Tauchern, die einen Arm hineinstecken - ihr Deckel schnappt blitzschnell zu und der Taucher bleibt gefangen, bis ihm die Luft ausgeht.

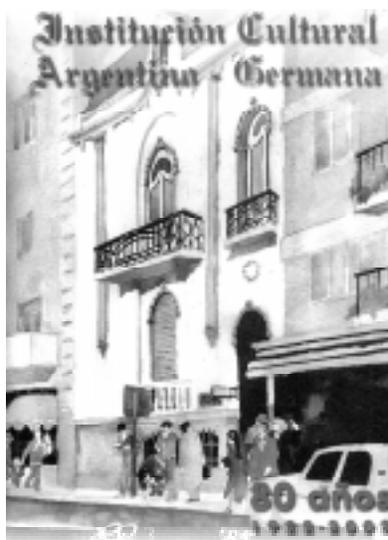
Die Muscheln sind nach ihrer Herkunft in 12 ökologisch verschiedene Meereszonen sortiert ausgestellt und verteilen sich im Museum über zwei Ebenen. Es gibt aber noch mehr zu sehen. Vom Café im Erdgeschoss kann man in höhlenartigem Ambiente diverse Fische in einem 130.000 Liter großen Aquarium beobachten und wöchentlich Live-Musik hören, es gibt einen Bereich, in dem lokale und regionale zeitgenössische Kunst ausgestellt ist und eine kleine Bibliothek, die auf Themen rund ums Meer spezialisiert ist. Im Benjamín Sisterna-Auditorium im Untergeschoss des Museums wird jeden Monat ein neues multimediales Programm angeboten.

Informationen unter Tel.: (0223) 451-9779/3553 und im Internet www.museodelmar.com; E-Mail: informes@museodelmar.com bzw. eventos@museodelmar.com

80 Jahre Institución Cultural Argentino-Germana

Als Ergänzung der Feier zum 80. Bestehen der Institución Cultural Argentino-Germana am 11. September 2002, stellte der Vorstand in eigenen Sitz an der Marcelo T. de Alvear 2051 ein 96-seitiges, reich illustriertes Buch vor, das die Geschichte dieser Einrichtung zur Verbreitung der deutschen Sprache und Kultur darstellt.

Die Präsidentin der Cultural, Nérida Pereda de von der Becke, neben der am Vorstandstisch ehemalige Präsidenten sassen, präsentierte das Buch, für dessen Kosten die deutsche Botschaft aufgekomen war, und schilderte kurz den Werdegang der Institution. Anfangs besass sie keinen eigenen Sitz. Im Jahr 1942 liess sie sich neben dem Sitz des Deutschen Klubs an der Avenida Córdoba 741, eine Schenkung von Ricardo Staudt, nieder, der zusammen mit sämtlichen Aktiven von der Regierung 1946 als Feindeigentum beschlagnahmt wurde, obwohl die Cultural eine rein argentinische Zivilgesellschaft war, die von Argentinern zur Pflege der deutschen Kultur gegründet worden war, der sich auch Deutschsprechende anschlos-



sen. Die Cultural wirkte trotzdem weiter, indem Deutsch unterrichtet wurde und kulturelle Veranstaltungen anderweitig geboten wurden, bis man ihr 1951 die Rechtspersönlichkeit zurückerrstattete. Erst 1955 konnte wieder ein eigener Sitz an der Uruburu 1222 erworben werden, der 1973 veräussert wurde, als die Cultural sich an der Avenida Corrientes 327, 9. Stock, niederliess, wo das Goethe-Institut sich um den Deutschunterricht kümmerte. Seit 1979 funktioniert die Cultural am eigenen Sitz, erteilt wieder Deutschunterricht und bietet allerlei kulturelle Veranstaltungen.

Das Buch zählt alle Gründungsmitglieder, darunter auch der damalige Herausgeber des „Argentinischen Tageblatts“, Dr. Ernesto F. Alemann, sowie die Vorstandsmitglieder seit der Gründung einzeln auf, berichtet über die kulturellen Anlässe, darunter der denkwürdige Vortrag von Albert Einstein im Jahr 1923, dessen Reise die Cultural finanziert hatte, und schildert ihre Tätigkeiten zur Förderung der deutschen Sprache und Kultur.

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Der frei benannte Dollarkurs betrug Freitag nachmittags \$ 3,02. Die Terminkurse betragen zum 31.3. \$ 2,94, 30.4. \$ 3,05, zum 30.5. \$ 3,05, zum 30.6. \$ 3,06 und zum 31.7. \$ 3,11.

Der Mervalindex fiel in der Berichtswoche zum Donnerstag um 0,9% auf 569,14, der Burcapindex um 0,5% auf 1.587,13 und **der Börsenindex um 1,7% auf 26.756,90.**

Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers) fiel in der Berichtswoche um 1,1% auf \$ 1,8190.

Die Gold-, Devisen- und Anlagereserven der ZB betragen am 24.3.03 US\$ 10,50 Mrd., der Banknotenlauf \$ 19,20 Mrd. Eine Woche zuvor waren es US\$ 10,21 Mrd. bzw. 19,36 Mrd., einen Monat zuvor US\$ 10,25 Mrd. bzw. \$ 18,80 Mrd. und ein Jahr zuvor US\$ 12,89 Mrd. bzw. \$ 13,72 Mrd.

Der von einem Buchhaltungsskandal in USA erschütterte niederländische Einzelhandelskonzern Ahold nimmt die Bücher seiner argentinischen Tochter Disco erneut unter die Lupe. Nach einer ersten Untersuchung bei Disco hatte Ahold im Februar gemeldet, dass die Prüfungsergebnisse keine finanziellen Auswirkungen zu Tage gebracht hätten. Man erwarte nicht, dass sich daran etwas ändere. Nach der ersten Untersuchung waren vier Vorstandsmitglieder von Disco durch Manager aus den Niederlanden ersetzt worden. (dpa)

Bei der Abstimmung, die in Esquel, Provinz Chubut, über das Bergbauvorhaben zur Ausbeutung von Gold und Silber der kanadischen Meridian Gold, durchgeführt wurde, beteiligten sich 70% der 20.000 Wahlberechtigten, wobei

80% gegen das Projekt stimmten.

Diese Wahl ist zwar nicht juristisch bindend, macht es dennoch schwer, das Projekt weiterzuführen. Gouverneur José Luis Lizurume, der das Projekt unterstützt hat, hat die Einstellung der Arbeiten angeordnet. Die Firma hat sich verpflichtet, eine neue Studie über die Verwendung von Zyankali beim Prozess der Goldtrennung durchzuführen, um sicherzustellen, dass überhaupt keine Gefahr der Wasserversuchung besteht, die im Mittelpunkt der Kritik steht. Dann soll der Fall der Bevölkerung in Einzelheiten erklärt werden. Die Firma hat schon US\$ 270 Mio. für die Bergbaurechte bezahlt, die sie von einer anderen Firma gekauft hat. Der Fall wurde politisiert, wobei viel phantasiert wurde. Denn ein Bergbauunternehmen von der Bedeutung von Meridian Gold weiss, wie man Abwässer behandelt, um sie zu reinigen, so dass kein Umweltschaden entsteht. Produktionsminister Aníbal Fernández äusserte seine Besorgnis über diese irrationale Behinderung des Bergbaus, der für die Andenprovinzen sehr wichtig ist.

Die lokale staatliche BICE-Bank (Bank für Investitionen und Aussenhandel), unterzeichnete mit der interamerikanischen Finanzkorperschaft (die eine BID-Tochter ist) und der spanischen Caja de Ahorros y Monte de Piedad de Madrid ein Absichtsabkommen über die Finanzierung argentinischer Exporte.

Die wirtschaftliche Tätigkeit lag im Januar 2003 laut INDEC um 4% über dem gleichen Vorjahresmonat. Es handelt sich um einen Index, der sich auf verschiedene Indikatoren stützt, jedoch keine vollständige BIP-Berechnung darstellt.

Wirtschaftsminister R. Lavagna erklärte in seiner Rede vor der Generalversammlung der Interamerikanischen Entwicklungsbank, dass

die Inflationsrate (gemessen am Index der Verbraucherpreise) dieses Jahr zwischen 14% und 15% liegen werde.

Die 4 grössten Rentenverwaltungsunternehmen (AFJP), Siembra, Origenes, Máxima und Consolidar, die etwa 70% der gesamten Mitglieder des Systems haben, wurden von der Aufsichtsbehörde ermächtigt, die Provisionen zu erhöhen. Die Zunahmen sind folgende: Siembra von 2,32% der Lohn- oder Gehaltssumme auf 2,90%; Consolidar von 2,35% auf 2,60%; Origenes von 2,35% auf 2,60% und Maxima von 2,29% auf 2,49%. Die zwei Gesellschaften mit den niedrigsten Provisionen, Arauca Bit (1,85%) und Met (1,95%) liessen sie unverändert, ebenso wie Futura (2,345%), Nación (2,2%), Previsol (2,29%), Profesión-Auge (2,28%), Prorenta (2,39%) und Unidos (2,38%).

Durch Beschluss der AFIP wurde verfügt, dass Arbeiter und Angestellte, die ein steuerpflichtiges Nettoeinkommen von über \$ 40.000 ausweisen, direkt der AFIP eine jährliche eidesstattliche Vermögensklärung abgeben müssen, bei der die Vermögenswerte gemäss den Normen der Steuer auf persönliche Vermögen bewertet werden. Gleichzeitig wird das Formular 648 abgeschafft, das die Entwicklung des Vermögens im Laufe des Jahres enthielt, das bisher an die Arbeitgeber abgeliefert werden musste. Die AFIP wird somit in ihrer Datenbank Angaben über etwa 2 Mio. Personen haben, was erlauben wird, festzustellen, ob ihr Vermögen über der Freigrenze von \$ 102.300 liegt. Der Termin für diese Vermögensklärung wurde auf den 16. Juni festgesetzt; aber diejenigen, die schon das Formular 648 bei ihren Arbeitgebern abgegeben haben (was im Februar hätte geschehen sollen), werden dieses Jahr ausgenommen. Das Unternehmen wird nur verpflichtet, vom Arbeitnehmer den

Nachweis zu fordern, dass er die Erklärung abgegeben hat, widrigenfalls es die AFIP unterrichten muss.

Das kanadische Bergbauunternehmen Wheaton River Minerals hat US\$ 180 Mio. für das Paket von 25% des Kapitals des lokalen Unternehmens „La Alumbra S.A.“ geboten, das der australischen BHP Billiton gehört. Im Januar hat Wheaton River Minerals schon US\$ 210 Mio. für die Beteiligung von 25% der britischen Rio Tinto an „La Alumbra“ gezahlt. Ausserdem hat sie die Beteiligung der australischen Peak gekauft. Angeblich beteiligt sich ein anderes nicht genanntes Unternehmen zu 50% am Angebot von WRM. La Alumbra erzeugt um die 200.000 Jato Kupfer und 600.000 Unzen Gold, und hat einen Jahresumsatz von US\$ 500 Mio.

Unilever Bestfoods, die Nahrungsmittelabteilung von Lever, hat in La Rioja eine neue Anlage für die Erzeugung von Ketchup in Betrieb genommen. Das Unternehmen investierte US\$ 1 Mio. zur Erweiterung der Kapazität des Betriebes von 3.300 auf 4.000 Jato. Insgesamt waren in diesen Betrieb schon US\$ 18 Mio. investiert worden, der unter der Marke Arisco läuft, eine brasilianische Filiale von Lever, die seit 1996 in La Rioja tätig ist. Vor drei Jahren hatte Unilever eine Fabrik zur Tomatenverarbeitung in Mendoza geschlossen und die Produktion nach Brasilien verlegt.

Convergia, die lokale Filiale der kanadischen Future Electronics, wird 2003 US\$ 5,8 Mio. investieren. Die Firma war schon auf dem Gebiet der vorbezählten Telefonkarten mit den Marken Simpático und Converza tätig. Jetzt wird sie nationale und internationale Telefondienste mit flachem Tarif für Haushalte und Unternehmen anbieten, statt nur als Grossistencarrier tätig zu sein. Future Electronics hat einen Jahresumsatz von US\$ 4 Mrd

Hoher Zahlungsbilanzüberschuss 2002

Das statistische Amt (INDEC) hat die Zahlen über die Zahlungsbilanz für das 4. Quartal und somit auch für das ganze Jahr 2002 bekanntgegeben. Danach stieg die konsolidierte Staatschuld im 4. Quartal um US\$ 3,77 Mrd. und erreichte per 31.12.02 US\$ 134,34 Mrd. Hier fehlen noch die Zahlungen an die Banken für die asymmetrische Pesifizierung, nicht gezahlte Zinsen, Schulden gegenüber Lieferanten u.a., die sich in der Schwebelage befinden und deren Gesamtbetrag 2002 stark zugenommen hat, und auch Schulden, über die die Justiz noch entscheiden muss, wobei es sich um Prozesse handelt, die der Staat auf alle Fälle verliert. Dann kommen noch Provinz- und Gemeindeschulden hinzu. Die gesamte Schuld des öffentlichen Sektors dürfte sich in der Nähe der US\$ 200 Mrd. bewegen.

Das letzte Quartal 2002 schloss mit einem Überschuss der laufenden Zahlungen von US\$ 2,16 Mrd., so dass sich für das ganze Jahr einer von US\$ 8,95 Mrd. ergibt. Gegenüber einem Defizit von US\$ 13,43 Mrd. ergibt sich somit eine Verbesserung von US\$ 13,44 Mrd., allerdings ohne Zahlung der Zinsen der in Default erklärten öffentlichen und privaten Schulden. Die angesammelten Zinsschulden des Staates belaufen sich auf US\$ 8,12 Mrd., die des privaten nicht finanziellen Sektors auf US\$ 3,67 Mrd. und die des finanziellen Sektors auf US\$ 53 Mio. Die ZB-Reserven nahmen im 4. Quartal um US\$ 1,07 Mrd. auf US\$ 10,38 Mrd. zu. Im ganzen Jahr nahmen die Reserven um 4,44 Mrd. ab, und von Ende 2000 bis Ende 2002 um US\$ 23,76 Mrd. .

und betreibt Filialen in zehn Ländern

Durch Notstandsdekret 664/03 (Amtsblatt vom 25.3.03) wurde die Vorlegung von Bilanzen in konstanter Währung ausser Kraft gesetzt, die trotz Indexierungsverbots des Konvertibilitätsgesetzes beibehalten worden war und jetzt von vielen Unternehmen als Argument für die Anwendung der steuerlichen Inflationsberichtigung von Bilanzen verwendet wurde, obwohl diese nicht zugelassen wurde. Konkret handelt es sich darum, dass der letzte Paragraph des Artikels 10 des Gesetzes 23.928, der durch Artikel 2 des Dekretes 1269 vom 16.7.02, eingefügt worden war, ausser Kraft gesetzt wird. Die Unternehmen können weiterhin Bilanzen mit Inflationskorrektur aufstellen, aber diese haben dann nur den Charakter interner Dokumente, auch wenn sie Banken u.a. vorgelegt werden.

Die Vertreter des Verbandes der Kfz-Industrie ADEFA haben in einer Unterredung mit Präsident Duhalde die Zahlung von US\$ 345 Mio. Dollar gefordert, die ihnen der Staat als Folge des Tauschplanes schuldig geblieben ist. Beim ersten Tauschplan (1994) verpflichtete sich das Schatzamt, die Zertifikate zu zahlen, die die Inhaber von Kfz, die sie zur Verschrottung abgaben, als Anzahlung für ein neues Kfz übergaben. Die Fabrikanten erhielten die Zertifikate, die jedoch nur zum geringsten Teil vom Schatzamt bezahlt wurden. Beim zweiten Tauschplan (1998) konnten die Fabrikanten die Zertifikate mit der Gewinnsteuer verrechnen. Viele hatten jedoch in den folgenden Jahren Verluste, so dass sie keine Kompensationsmöglichkeit hatten. Die Unternehmen sind bereit, den Betrag in Bonds entgegenzunehmen.

Die Luftfahrtgesellschaft Dinar, mit legalem Sitz in Salta, hat erneut

den Besitzer gewechselt. Gegründet wurde das Unternehmen von der Familie Desimone, die sie an Fayeze Chehab verkaufte, Inhaber der Fluggesellschaft American Falcon. Dieser verkaufte sie jetzt an den Transportunternehmer Antonio Martínez López, wobei sich angeblich 75% des Kapitals in Händen von Cañuelas Village Fideicomiso befinden und 25% Walter Perchena gehören, der Partner von Chehab war. Die neuen Eigner versprechen einen Beitrag von \$ 2 Mio, um geschuldete Gehälter zu zahlen.

Die Banco Industrial (neue Bezeichnung des Banco Industrial de Azul) hat letzte Woche 25 Filialen in Betrieb genommen, die sie von der Banco Velox übernommen hatte.

Die Firma Acindar, die im Dezember 01 in Default geraten ist, hat ein Programm zur Umschuldung ausgearbeitet, durch das die Gläubiger neue Obligationen für ihre Forderungen erhalten, wobei Titel für US\$ 20 Mio. in bar bezahlt werden.

Im ersten Bimester 03 wurden 184.362 Tonnen Obst exportiert, 4% mehr als im Vorjahr.

Argentinien schuldet internationalen Organisationen US\$ 150 Mio., davon US\$ 70 Mio der UNO.

Durch Dekret 705/03 (Amtsblatt vom 27.3.03) wurde die Beteiligung der Stadt Buenos Aires an den nationalen Steuern, die mit den Provinzen geteilt werden, ab 1.1.03 auf 1,40% festgesetzt.

Durch Beschluss 155/02 des Arbeitsministeriums (Amtsblatt vom 27.3.03) wurde innerhalb des Programms der Subventionen an Familienoberhäupter ein Plan für ältere Personen geschaffen, durch den die-

Rojo Dixit

Pablo Rojo, der gegenwärtig als Sprecher Menems in Dingen Wirtschaftspolitik auftritt, hat folgende Erklärungen bekanntgegeben („Clarín“ vom 26.3.03):

- Wir stehen vor der schlimmsten Erbschaft, die man sich denken kann. Es besteht eine hohe schwebende Staatschuld und eine grosse Unordnung bei der Durchführung des Haushalts. Die gesamte Staatschuld beträgt US\$ 180 Mrd. Die soziale Erbschaft ist besonders schlimm: 60% der Familien leben in Armut, die Arbeitslosenrate beträgt 25%.

- Die Arbeitgeberbeiträge zum Rentensystem sollen abgeschafft und den Arbeitern in Form von äquivalenten Lohnerhöhungen übertragen werden. Die Arbeitnehmer werden 9% als Pensionierungsbeitrag zahlen (gegenwärtig sind es 11%) und 6% für die Krankenkassen. Das wird eine Lohnerhöhung von 30% erlauben. (Anmerkung: die Rechnung ergibt bestenfalls 20% Zulage).

- Das System der Familienzulagen wird geändert: jede Familie wird zwischen \$ 30 und \$ 50 je Sohn oder Tochter zwischen 5 und 16 Jahren erhalten, muss aber nachweisen, dass die Kinder die Schule besuchen. Dies betrifft etwa 2 Mio. Kinder und kostet \$ 2 Mrd., von denen \$ 1,5 Mrd. von den gegenwärtigen Parteien für Familienlohn genommen werden. (Anm: dabei fehlen noch \$ 500 Mio., wobei die Familien die Subvention für Kinder unter 5 Jahren und von 16 bis 21 Jahren verlieren würden.)

- Der Satz der MwSt. wird von 21% auf 17% verringert. Dies wird durch die Vereinheitlichung der Sätze dieser Steuer (Abschaffung des Sondersatzes von 10,5% für Landwirtschaft u.a.) und Abschaffung von Ausnahmen bei der Gewinnsteuer wettgemacht. Zinsen für Festgeldanlagen werden dem Einkommen addiert, das der Gewinnsteuer unterliegt. (Anm: diese Rechnung geht nicht auf; es verbleibt ein hoher Fehlbetrag.)

- Das Budgetdefizit wird verboten. Die Beamten, die ein Defizit herbeiführen, sollen gemäss Strafgesetzbuch bestraft werden. (Anm: das bedeutet in der Praxis, dass der Staat nur zahlt, wenn die laufenden Einnahmen ausreichen, so dass der Staat leicht in Zahlungsverzug gerät)

- Das monetäre System wird sich auf drei Pfeiler stützen: volle Unabhängigkeit der ZB, Verbot der ZB-Finanzierung an das Schatzamt und ausgeglichene Staatsfinanzen.

- Ein Programm über öffentliche Bauten soll vornehmlich im Landesinneren durchgeführt werden. Es wird mit den Mitteln finanziert, die gegenwärtig für die Beschäftigungsprogramme aufgewendet werden. (Anm: das bedeutet u.a., dass das Programm der Subvention für Familienoberhäupter, von \$ 150 monatlich, ausser Kraft gesetzt würde.)

- Die staatlichen Banken sollen durch private Minderheitsaktionäre eine Kapitalspritze erhalten. Der Staat behält dabei die Kontrolle. (Anm: Wenn kann dies interessieren, nachdem die Staatsbanken ein marodes Portefeuille haben und in staatlicher Regie kaum auf Gewinn ausgerichtet sind?)

- Die Zahlung der Staatschuld soll auf der Grundlage ausgehandelt werden, dass die jährlichen Raten mit dem primären Budgetüberschuss im Einvernehmen stehen, der nie unter 3,5% des BIP liegen soll.

- Die Tarife öffentlicher Dienste sollen im gleichen Ausmass der Besserung der Kaufkraft der Bevölkerung erhöht werden. (Anm: das ist mit den Konzessionsverträgen und auch mit einer Normalisierung der Verhältnisse unvereinbar; die Tarife müssen allgemein stärker steigen als das Einkommen der Bevölkerung.)

jenigen, die über 70 Jahre alt sind und keine Pension oder dgl. beziehen, auch die Subvention erhalten. Der Beschluss bestimmt, dass mit den Provinzen begonnen wird, die höhere Armutsindizes aufweisen. Das Verfahren, um diese Subvention zu erhalten, wird im Beschluss in Einzelheiten angegeben.

Durch Beschluss 207/03 des Wirtschaftsministeriums (Amtsblatt vom 27.3.03) wurde eine Vergütung von 3 Punkten der MwSt. bei Käufen mit Kreditkarten eingeführt, bei einer Grenze von Käufen für \$ 1.000 mo-

natlich, wobei der Satz bei Brennstoffen auf 1,27% verringert wird, und bei anderen Verkäufen von Tankstationen von 2,48%. Die Ausgaben, die automatisch belastet werden (es handelt sich hier zum grössten Teil um öffentliche Dienste) werden ausgeschlossen. Die Rückgabe der MwSt. wird jedoch nur effektiv in Kraft treten, wenn die Zinssätze, die bei Käufen mit Kreditkarten gelten, gesenkt werden. Zu diesem Zweck muss ein Abkommen zwischen den Staatssekretariaten für Schatzwesen und für Finanzen auf der einen Seite und den Kreditkartenunternehmen auf der an-

Die Depositorenfreigabe

Am Donnerstag gab Wirtschaftsminister Lavagna das Programm zur Freigabe der eingefrorenen Bankdepositen bekannt. Das Dekret liege Präsident Duhalde zur Unterschrift vor; aber ausserdem soll ein Gesetzesprojekt im Kongress eingebracht werden, das über die Art und Weise entscheiden soll, wie die Banken für die asymmetrische Pesifizierung und die Anordnungen der Richter, Depositen zum freien Kurs ausbezahlen, entschädigt werden sollen. Da es sich um eine Subvention handelt, also um eine Staatsausgabe, muss dies per Gesetz entschieden werden, wobei auch die Zahlung in Form von Bonds ein Gesetz erfordert, da sonst die Banken Barzahlung fordern könnten. Diese Bonds werden den Banken übergeben, die jedoch die Beträge, um die es sich handelt, in bar auszahlen müssen, so dass ein Liquiditätsproblem entsteht.

Konkret handelt es sich jetzt um folgendes:

- Depositen, die vor der Pesifizierung bis zu US\$ 30.000 betragen, werden in bar zu \$ 1,40 je Dollar, plus CER-Indexierung und Zinsen bezahlt (was gegenwärtig \$ 2,06 pro Dollar ausmacht). Der Rest, bis zum freien Dollarkurs wird in Staatstiteln in Dollar, genannt Boden 2103 ausgezahlt. Diese Boden, mit 10 Jahren Laufzeit, deren erste Amortisation im April 2006 stattfindet, wobei dann gleiche Amortisationsraten alle 6 Monate gezahlt werden, werden gegenwärtig zu 45% gehandelt.

- Depositen von über \$ 42.000 (was US\$ 30.000 zu \$ 1,40 entspricht) bis zu \$ 100.000 (ursprünglich US\$ 71.248) werden in Fristdepositen in Pesos auf 90 Tage umgewandelt. Depositen von über \$ 120.000 werden in 120 Tagen ausgezahlt.

- In allen Fällen wird das Schatzamt die Differenz zwischen dem Marktwert der ursprünglichen Dollar und dem von den Banken gezahlten Betrag zahlen.

- Die Möglichkeit, den vollen Betrag der Depositen in Dollarbonds Boden zu erhalten, bleibt weiterhin offen.

- Wer seine Depositen in den CEDRO-Titeln behalten will, kann es tun. Hier wird entweder damit gerechnet, dass die CER-Indexierung schliesslich mehr ergibt, als die Umwandlung zum freien Kurs. Wenn die internen Preise, wie zu erwarten, viel stärker steigen als der Wechselkurs (der in letzter Zeit sogar zurückgeht), kann dies eintreten. In anderen Fällen laufen Prozesse, so dass die Sparer erwarten, dass die Justiz die volle Auszahlung des Pesogegenwertes ihrer ursprünglichen Dollardepositen anordnet.

Die umgeschuldeten Depositen machen gegenwärtig \$ 13 Mrd. aus. Wenn sich alle Depositoreninhaber dem neuen Plan anschliessen, müsste das Schatzamt \$ 7.000 bezahlen, was zum gegenwärtigen Wechselkurs etwa US\$ 2,5 Mrd. darstellt.

deren abgeschlossen werden. Das System tritt nach der Veröffentlichung der Reglementierung für ein Jahr in Kraft.

Der Umsatz der Supermärkte lag laut INDEC im Februar um 28,9% unter dem gleichen Vorjahresmonat und um 0,9% unter Januar 2003, womit nun 13 Monate in Folge eine Abnahme stattgefunden hat. Hingegen nahm der Umsatz bei den Shopping Centers um 14,1% gegenüber Februar 2002 und um 1,4% gegenüber Januar 02 zu. In beiden Fällen werden die Umsätze in konstanten Werten bemessen. In Pesos stieg der Umsatz der Supermärkte gegenüber dem Vorjahr um 20,5%, nahm jedoch gegenüber Januar 2002 um 2,9% ab. Bei den Shopping Centers nahm der Pesoumsatz im Januar um 60,4% gegenüber dem Vorjahr zu und um 2,3% gegenüber Januar ab.

Die INDEC-Ermittlung über die Bautätigkeit ergibt für Februar eine Zunahme von 39,2% gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat und von 1,1% gegenüber dem Vormonat. Im

letzten Jahr gingen in dieser Branche 56.760 Arbeitsplätze verloren. Die Fläche, die für die Bauvorhaben beantragt wurde, lag im Februar um 49,5% über dem Vorjahr und um 24,3% über dem Vormonat.

Das Sekretariat für Wirtschaftsentwicklung der Stadt Buenos Aires, geleitet von Eduardo Hecker, wird im März und April dieses Jahres eine erste Modeveranstaltung im „Centro Metropolitan de Diseño“ durchführen. 130 Unternehmen beteiligen sich als Aussteller.

Der Einzelhandelsverband CAME (geleitet von Osvaldo Cornide), gab bekannt, dass ab nächster Woche der Einzelhandel Schulden gegenüber Lieferanten mit den Coupons der Kreditkartenzahlungen begleichen kann. Diese Zahlungen erfolgen unabhängig von der vereinbarten Zahlungsfrist und ohne Kosten für die Parteien. In der Praxis bedeutet es, dass die Einzelhändler über ein höheres Arbeitskapital verfügen.

Die Firma IMPSA (Pescarmona) hat die internationale Ausschreibung gewonnen, die die Provinz Neuquén durchgeführt hat, um das Wasserkraftwerk Chihuidos II, 70 Km. von der Hauptstadt der Provinz entfernt, zu bauen. Die Investition wurde auf US\$ 477 Mio (einschliesslich MwSt. u.a. Steuern) veranschlagt. Da es sich um eine Konzession handelt, würde der Konzessionär im Lauf der 25 Jahre der Konzessiondauer US\$ 711 Mio. einnehmen. Die Provinz hat sich verpflichtete US\$ 129 Mio. beizusteuern und der Nationalstaat US\$ 103 Mio. Es handelt sich hier um eine Initiative, die IMPSA 1999 vorgelegt hatte, die sich ausserdem auf die Bewässerung von 7.000 ha. Fiskalland in der als „Bajo de las Liebres“ bekannten Gegend bezieht. Die Arbeiten sollen in 5 Jahren beendet werden. Das Kraftwerk wird 228 MW. leisten und 1.000 Gigawattstunden pro Jahr liefern. Auch wird eine Pumpstation und ein Kanal von 50 Km. gebaut, um Ortschaften bei Plaza Huinul und Cutral-Co mit Wasser zu beliefern.

Die ZB hat erneut Mindestreserven von 24% für die Ausgabe von Obligationen durch Banken eingeführt, die bis Ende 2001 galten, aber

dann aufgehoben wurden. Die Rio-Bank hat daraufhin Obligationen ausgegeben, statt Frisdepositen aufzunehmen, weil sie auf diese Weise höhere Zinsen zahlen konnte.

Die Supermarktkette Disco (die der niederländischen Ahold gehört) hat ein Projekt für US\$ 4 Mio. in Angriff genommen, das in der Anpflanzung von Reben in San Juan, der Arten Chardonnay, Cabernet Sauvignon, Sirah und Malbec, besteht, mit denen Wein in einer eigenen Weinkellerei erzeugt werden soll, die eine Kapazität von 820.000 Liter hat. Diese Investition wird im Rahmen des Förderungssystems durchgeführt, dass erlaubt, die MwSt. von Disco als Kapital einzuzahlen und in 10 Jahren ohne Zinsen zurückzugeben. Somit subventioniert der Staat den grössten Teil der Investition.

Letztes Jahr wurden laut Angaben der Firma Trends/IDC insgesamt 155.960 Computer (PC) in Argentinien verkauft, um 66,4% weniger als 2001. Indessen fand im letzten Quartal 02 eine Tendenzwende statt, da 52.497 PC auf diese Periode entfielen, in der 23% mehr PC als im 3. Quartal verkauft wurden.

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Der Dollar unter drei Pesos

Was in der Vorwoche an einem Devisentag vorübergehend eintrat, verwirklichte sich in der Berichtswoche: der US-Dollar wurde unter drei Pesos notiert. Das war zuletzt vor knapp einem Jahr, im April 2002, verzeichnet worden, als die Tendenz am Devisenmarkt freilich entgegen der jetzigen Baisse deutlich auf Hausse zeigte. Damals flüchteten die Sparer mit täglichen Transfers im Ausland, freilich auf Um- und Schleichwegen, sowie massiven Käufen von Dollarscheinen, bildeten sich doch täglich Schlangen vor den Wechselstuben und Banken. Damals blühte vorübergehend ein einträgliches Geschäft, nämlich der Verkauf des Schlangenplatzes zwecks schnellerer Erledigung des Devisengeschäfts.

Der Dollarkurs erreichte im Juni 2002 vorübergehend den bisherigen Höchstkurs von vier Pesos. Seither fällt der Kurs mit Schwankungen durchweg bis jetzt auf unter drei Pesos. Die Abwertung des argentinischen Peso seit Anfang 2002, als die Konvertibilität seligen Angedenkens aufgehoben wurde, beträgt das Dreifache des Ausgangskurses, in Parität zwischen Dollar (US) und Peso (\$). Die mexikanische Maxiabwertung von 1995 landete ebenfalls nach einem Jahr auf ein Dreifaches des

Ausgangskurses und erfreut sich seither einer bemerkenswerten Stabilität, allerdings mit Schwankungen.

Die jüngste Entwicklung des Dollarkurses beruht auf dem Überschuss der Leistungsbilanz und auf einer Kapitalbilanz mit begrenzten staatlichen und privaten Schuldentilgungen und Zinszahlungen sowie einer deutlichen Umkehr der Kapitalflucht. Die Schlangen vor den Wechselstuben und Banken sind längst versiegt. Die Ferien im Lande wurden weitgehend mit dem Verkauf gehorteter Dollarscheine finanziert. Der langsame Konjunkturaufschwung mit erhöhter Bautätigkeit, ohne Auslands- und Bankenkredit, muss ebenfalls mit gehorteten Eigenmitteln in US-Währung bestritten werden. Zudem blühen jetzt wieder wie einst hohe Verzinsungen dank der Lebac-Plazierungen der Zentralbank, die wiederum die Zinsen der Festgelder weitgehend beeinflussen. Mit Dollarscheinen lässt sich nichts verdienen, wohl aber mit Pesoanlagen, ebenso möglicherweise mit Immobilien, die wieder gefragt sind.

Der Überschuss der Leistungsbilanz beruht hauptsächlich auf zunehmenden Exporten gegenüber stagnierenden Importen. Die

Wirtschaftsführung rechnet mit einer 15prozentigen Exportexpansion im laufenden Jahr mit fühlbar geringeren Zunahmen der Importe. Der Warenüberschuss dürfte somit in der Nähe von US\$ 1,5 Mrd. im Monat liegen, möglicherweise knapp unter US\$ 18 Mrd. im Jahr. Hinzu kommen im Herbst die saisonalen Verschiffungen der Grobernte, zumal der Sojabohnen und deren Oele und Mehl, die jetzt anfallen und bereits die Häfen am Río Paraná verstopfen.

Finanzzahlungen, insbesondere des Tourismus, werfen jetzt auch Überschüsse ab, nachdem die Argentinier den teuren Auslandstourismus meiden und vermehrt Ausländer das Land besuchen. Die Zinslast gegenüber dem Ausland wird vor sich hin geschoben, bis Umschuldungen mit Bondsgläubigern im Ausland sowie mit Gläubigern privater Unternehmen abgeschlossen werden, was der nächsten Regierung vorbehalten bleibt.

Zielkonflikte der monetären Politik

Diese Devisenmarktverfassung wirft bereits neue Probleme der monetären Politik auf. Die Wirtschaftsführung hat sich im Standby-Abkommen mit dem Internationalen Währungsfonds irrtümlicherweise auf einen Indikator der Geldmenge eingelassen, der die Zunahme der geschöpften Pesos durch Devisenkäufe der Zentralbank auch diesem Indikator unterstellt. Das war in den Abmachungen mit dem Währungsfonds seit 1958 nie der Fall gewesen.

Zunehmende Währungsreserven der Zentralbank schaffen zwar Pesos zum Tageskurs, aber viel wichtiger ist ihre Wirkung auf das Vertrauen. Argentinien benötigt ungleich höhere Devisenreserven als grosse Länder, weil die Märkte und Wirtschaft kurzfristig stärkeren Verzerrungen ausgesetzt sind. Die Zentralbank ist daher angehalten, ihre Devisenreserven so schnell wie möglich aufzupolstern, auch wenn das mit inländischer Geldschöpfung einher geht. So geschah es beispielsweise in den neunziger Jahren, als die wachsenden Währungsreserven das Vertrauen stützten und gewaltige Investitionen induzierten. Bei fühlbar fallendem Kurs bleibt die Reservenauflösung schwach.

Mit höheren Devisenreserven können die dergestalt geschaffenen Pesos den Banken zufließen und sich dämpfend auf die Zins-

sätze auswirken. Die ZB müsste dann weniger Lebac ausgeben, weil die Banken die Vorschüsse und Rediskonte tilgen, wenn ihre Depositen zunehmen. Lebac sind ein schädliches ausserfiskalisches Defizit, das so schnell wie möglich zu tilgen ist. Das Schatzamt leidet unter diesen hochverzinslichen und kurzfristigen Verschuldungen der ZB, weil die Zinsen deren Gewinn schmälern, den das Schatzamt abzieht und als Kapitalrente verbucht.

Dieser Konflikt der monetären Politik führt dazu, dass die ZB täglich nur wenig Devisen erwirbt und die Aufwertung des Peso nicht verhindert. Der Indikator der vereinbarten Geldmenge kann trotzdem nicht eingehalten werden. Dieser Indikator ist nicht zwingend, so dass die Übertretung keinen Dispens (Englisch „waiver“) des Fondsvorstandes erheischt. Wie aus der ZB verlautet, kümmern sich ihr Präsident Alfonso de Prat Gay und ihr Vizepräsident Pedro Lacoste bereits um Gespräche mit den massgebenden Fondsbeamten, damit eine Lösung des monetären Konfliktes gefunden werden kann, was sicherlich bitter notwendig ist.

Ein Dollarkurs unter drei Pesos gefährdet die Wettbewerbsfähigkeit Argentiniens, zumal der Landwirtschaft. Unter Abzug rund 20prozentiger Exportzölle und Einberechnung einer Inflation von etwa 80% (Durchschnitt der Konsumenten- und Grosshandelspreise) verbleibt ein realwirtschaftlicher Dollarkurs von etwa \$ 1,30, wie er anfangs 2002 vom damaligen Wirtschaftsminister Jorge Remes Lenicov anvisiert worden war. Die Landwirtschaft erwirbt ihren Input weitgehend in Dollarpreisen ohne Exportzölle, so dass der Einsatz modernster Technologie in Frage gestellt wird. Gerade diese Technologie hat in den neunziger Jahren zur Verdoppelung der Ernten geführt.

Die Zentralbank ist darauf erpicht, die Inflation in Grenzen zu halten. Das ist bisher gelungen. Die Inflationserwartung für 2003 wurde von der Regierung heruntergeschraubt. Gegenüber dem Ziel im Standbyabkommen von 22%, gilt laut Minister Lavagna jetzt 14%. Die ZB muss darauf achten, dass die geschöpfte Geldmenge für das Schatzamt und die Banken nicht ausufert, sollte sich aber keine Sorgen über die Pesos machen, die als Gegenleistung der Aufstockung von Devisenreserven

geschöpft werden. Die Fondsbeamten, die darauf bestanden, auch diese Geldschöpfung innerhalb des Indikators der Geldmenge einzubeziehen, sollten es sich ebenfalls anders überlegen und die früheren Vereinbarungen mit Argentinien beherzigen, als sich niemand um höhere Geldmengen im Gegenzug zu wachsenden Devisenreserven kümmerte.

Unterdessen hat die Zentralbank die Devisenbewirtschaftung abermals etwas aufgelockert, indem Importzahlungen und Exportablieferungen längerfristig sowie Finanzzahlungen für höhere Beträge zugelassen wurden. Es ist freilich an der Zeit, die Devisenbewirtschaftung vollends abzuschaffen. Das verbessert das Vertrauen in Argentinien. Die Devisenbewirtschaftung verhindert Investitionen aus dem Ausland, die sich nicht einfangen lassen, wenn der Rücktransfer von ZB-Lizenzen abhängt. Immerhin schaffen die genannten Auflockerungen möglicherweise mehr Dollarnachfragen mit eigenen Pesos der jeweiligen Devisenschuldner, was zur Kursstützung beiträgt.

Im gleichen Sinn dürfte die angebliche Endregelung der eingefrorenen Bankdepositen (Spanisch genannt „corralón“), die Wirtschaftsminister Lavagna vorgestern in einer Pressekonferenz angekündigt (das Notstandsdekret mit Gesetzescharakter wurde noch nicht verkündet), vermehrte Pesoliquidität am Platz herbeiführen, die gelegentlich den Kurs beeinflusst und sogar vorzeitige Erwartungen in diesem Sinn veranlasst. Minister Lavagna sprach sich gegen einen weiteren Kursverfall des US-Dollar, bzw. Aufwertung des Peso aus, der nicht mit der obwaltenden Wirtschaftspolitik vereinbar sei.

Provinzbonds als monetäre Basis

Die Geldmenge, genannt monetäre Basis, umfasst den Umlauf von Banknoten und Münzen sowie die Depositen der Banken in der ZB, ebenso die Nettoposition der Geldswaps mit den Banken. Alle drei Geldposten sind zusammen Verbindlichkeiten der Notenbank mit dem Publikum und den Banken.

Neuerdings wurden auch die Provinzbonds als monetäre Basis einbezogen, denen quasimonetärer Charakter anerkannt wurde, weil sie als Zahlungsmittel in ihren Provinzen umlaufen. Das beruht

freilich auf einem Denkfehler. Auch wenn sie umlaufen, weil die Provinzregierungen Gehälter, Renten und Lieferanten zwangsmässig mit Bonds begleichen, haben diese keinen echten monetären Charakter, kann man doch mit Bonds beispielsweise keine Dollar erwerben. Zudem werden Zahlungen in Bonds von vielen Gläubigern am Markt rundweg abgelehnt, so dass sie nicht als echtes Geld anerkannt werden, mit dem sich jeder Schuldner entlastet, ohne dass der Gläubiger die Zahlung verweigern darf.

Die Zwangsverschuldung mit Provinzbonds beruht darauf, dass die Regierungen der Gliedstaaten den Gläubigern (Beamten, Rentner, Lieferanten und andere) als Zahlung nur die Bonds anbietet, anderenfalls sie überhaupt nichts kassieren und nur der umständliche und langwierige Rechtsweg vor der Justiz verbleibt. Die Nationalregierung ist seit Jahren mit sogenannten Bocon-Bonds mit diesem Beispiel faulen Zahlungswillens voraus gegangen.

Wenn die Regierung, wie verlautet, sämtliche Provinzbonds, nicht aber die Lebac, gegen echte Pesos abgeltet, dann schafft sie monetäre Basis, indem sie die Bonds durch Geldschöpfung ersetzt. Das ist deutlich inflationär, anders als die Geldschöpfung durch Devisenkäufe. Die Provinzbonds für nominell \$ 3,86 Mrd. sind von den Provinzregierungen mit gelegentlichen Überschüssen zu tilgen. Wenn die ZB ihnen diese Bürde abnimmt, dann entfällt der Finanzdruck auf die Provinzregierungen, den die Öffentlichkeit auf sie ausübt, wenn die Bonds im Kurs fallen, weil zu viele im Umlauf sind.

Die Provinz Entre Ríos liefert das Paradebeispiel: die Bonds sind auf die Hälfte gefallen und der Gouverneur steht unter politischem Druck, die Bonds zu tilgen, was ihn verhindert, uferlose Demagogie mit Einstellungen und überflüssigen Bauten sowie Ausbau von Staatsunternehmen zu betreiben. Letztere Finanzpolitik hatte ihn dazu verleitet, die Bonds auszugeben.

Regierende in den Gliedstaaten müssen zu ihren Verantwortlichkeiten stehen, wenn sie eine defizitäre Fiskalpolitik betrieben haben. Die Nationalregierung darf ihnen diese Bürde nicht mit Geldschöpfung der Notenbank abnehmen.

Mangel an Arbeitskräften in Andenprovinzen

Es mag paradox erscheinen, hat aber seine Erklärung: in einem Land mit über 3 Mio. Vollarbeitslosen und über 1,5 Mio. Personen, die eine Subvention von \$ 150 Mio. erhalten, fehlen für bestimmte Tätigkeiten Arbeitskräfte. Dies ist in besonders auffälliger Form in den Andenprovinzen aufgetreten, wo ein akuter Mangel an Personal für die Weintraubenlese, die Ernte von Oliven, Knoblauch und Obst besteht. Aber auch in anderen Provinzen tritt das Phänomen auf. Allgemein wird angegeben, dass die Personen, die dafür in Frage kommen, mit den \$ 150 monatlich, die sie manchmal doppelt kassieren (für den Mann und die Ehefrau) auskommen, eventuell noch mit einer Gelegenheitsarbeit, die nicht so anstrengend ist, wie die Landarbeiten, die geboten werden.

Die Regierung der Provinz Catamarca hat das Problem so gelöst, dass sie Beamten erlaubt, von der Arbeit fernzubleiben, ohne dabei ihres Gehaltes verlustig zu werden, sofern sie sich an der Oliven-ernte beteiligen, wobei sie für diese Arbeit selbstverständlich auch bezahlt werden. Für diese Ernte sind 4.000 Personen notwendig, die nur zu einem Bruchteil aufgebracht werden konnten. In der gleichen Provinz ergab sich vor einigen Jahren die eigenartige Lage, dass eine Arbeitslosigkeit von 16% gemeldet wurde, dass aber das Riesenbergwerk „La Alumbrera“ ihr Personal ausserhalb der Provinz, zum Teil auch in Bolivien u.a. Ländern anheuern musste.

Allgemein hat sich überall ein Mangel an Dienstboten bemerkbar gemacht, was nicht nur auf die besagten \$ 150, sondern auch darauf zurückzuführen ist, dass Frauen aus Bolivien und Perú, die sich dieser Tätigkeit widmeten, in ihr Heimatland zurückgekehrt sind, weil die Entlohnung in Dollar bemessen auf einen Bruchteil gesunken ist, so dass sie nicht mehr die Möglichkeit haben, Familienangehörigen einen gewissen Betrag zu überweisen.

Argentinien zeichnet sich gewiss nicht durch eine gute Arbeitskultur aus. Wie weit dies historisch bedingt ist, durch die indianische Bevölkerung, die von der Jagd und dem Fischfang lebte, und auch durch die extensive Viehwirtschaft, bei der man einfach

zuschaut, wie die Rinder wachsen und an Gewicht zunehmen, sei dahingestellt. Die Ausweitung des Staates als Arbeitgeber hat gewiss auch dazu beigetragen, da Beamten meistens weniger intensiv als in der Privatwirtschaft zu arbeiten pflegen. Die Gemeinden wurden ab 1983 mit Beamten vollgestopft, die sehr wenig tun, wobei es schon vorher zu viele waren. Das gehört eben zur Politik: Leute, die einen Kandidaten beim Wahlkampf unterstützen und für ihn tätig sind, fordern nacher, sozusagen als Entgelt, eine Stelle für sich und/oder für Verwandte und Freunde.

Das Programm für Familienoberhäupter fördert diese Kultur des Nichtstuns. Theoretisch sollten diejenigen, die die Subvention von \$ 150 pro Monat erhalten, kommunale Arbeiten verrichten. In der Praxis tun es die wenigsten, wobei auch diejenigen, die effektiv arbeiten, sehr wenig leisten, weil sie der Meinung sind, dass man von ihnen nicht verlangen kann, dass sie für \$ 150 den ganzen Tag normal arbeiten. Gewiss liegt es im Sinne der sozialen Solidarität, dass man bedürftige Personen nicht verhungern lässt; aber dabei sollte versucht werden, die Arbeitskultur nicht ganz zu zerstören. In diesem Sinn ist der Vorschlag, den Menem bei seiner Wahlkampagne vorbringt, nämlich überall öffentliche Speisesäle einzurichten (die vom Heer, den Kirchen u.a. Organisationen verwaltet würden), in denen jeder zwei warme Mahlzeiten pro Tag erhalten kann, viel vernünftiger. Auch ist dies billiger: bei 2 Mio. Menschen täglich und einem Peso pro Mahlzeit gelangt man auf \$ 1,4 Mrd. pro Jahr, während der gegenwärtige Plan im Budget mit \$ 3 Mrd. veranschlagt ist.

Arbeitsministerin Camaño hat inzwischen gemerkt, dass das Programm nicht das Beste ist, und hat eine Variante eingeführt, die darin besteht, dass die Unternehmen, die eingetragene Familienoberhäupter beschäftigen, die \$ 150 vom Staat erhalten, sie dem normalen Lohn hinzufügen müssen. Auf diese Weise kommen diese Leute auf ein Gesamteinkommen von über \$ 400, mit dem sie einigermaßen auskommen sollten. Für die Unternehmen bedeutet dies eine Senkung der Arbeitskosten, was die Beschäftigung bei

Tätigkeiten mit niedriger Produktivität fördert, die bei normalen Löhnen eben nicht durchgeführt werden. Einfacher wäre der Vorschlag von Produktionsminister Aníbal Fernández gewesen, für die Beschäftigung zusätzlicher Arbeitskräfte die Soziallasten für eine bestimmte Periode (etwa 2 Jahre) ganz aufzuheben. Bei diesen Methoden werden die Arbeitslosen in einen effektiven Arbeitsprozess eingegliedert, mit den entsprechenden Kontrollen, so dass sie gezwungen sind, eine angemessene Leistung zu vollbringen.

Die Gefahr mit den verschiedenen Methoden der Zerstörung der Arbeitskultur, sei es die Subvention von \$ 150 oder eine Anstellung in der öffentlichen Verwaltung, besteht darin, dass diese Personen sich gewöhnen, nichts

zu leisten, so dass sie dann nicht mehr für normale Produktionsprozesse brauchbar sind. Etwas ähnliches, wenn auch nicht so ausgeprägt, ist bei der deutschen Wiedervereinigung eingetreten, als Arbeiter, die gewohnt waren, ihre acht Stunden abzusetzen, aber mit wenig effektiver Leistung, nun plötzlich intensiv arbeiten mussten. Viele erklärten damals, dass sie dabei sehr müde würden und ihnen das nicht zumutbar wäre. Inzwischen haben sie sich daran gewöhnt. Im Grunde waren es eben Deutsche, die generationenlang viel gearbeitet haben, so dass sie leicht den Weg zurück in ihre angestammten Gewohnheiten fanden. Das ist jedoch in Argentinien nicht der Fall, so dass die Lösung des Problems viel schwieriger sein wird.

Konzentration des Bodenbesitzes

Der vom statistischen Amt in der Periode Oktober 2002-Januar 2003 durchgeführte landwirtschaftliche Zensus ergibt, dass seit 1988, als der vorangehende Zensus durchgeführt wurde, die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe von 421.221 auf 317.816, also um 24% gesunken ist. Gleichzeitig nahm die durchschnittliche Fläche der Betriebe von 421 auf 539 Hektar zu. Diese Durchschnitte besagen indessen sehr wenig; denn in der Pampa-Gegend, wo Rinderwirtschaft betrieben und Getreide und Ölsaaten extensiv angebaut wird, sind Mindestflächen erforderlich, die weit über dem Landesdurchschnitt liegen, während sie bei intensiven Kulturen, wie Obst, Oliven, Yerba Mate, besonders bei Gemüse u.a. sehr niedrig sind.

Indessen hat in der Pampa-Gegend eine Konzentration stattgefunden, besonders bei den Betrieben mit Milchkühen. In den 90er Jahren bestand ein starker Druck auf die Kosten, bei denen sich viele kleinere landwirtschaftliche Betriebe als unwirtschaftlich erwiesen, weil sie mit der Technologie zurückblieben, deren Anwendung eine unternehmerische Organisation erfordert und für den kleinen Landwirt schwierig ist. Abgesehen davon, waren die Bodenpreise in den 90er Jahren relativ hoch, wobei viel Auslandskapital in die Landwirtschaft strömte. Viele Landwirte benutzten die Gelegenheit, um zu verkaufen; andere sahen sich dazu genötigt, weil sie überschuldet waren, nachdem die Bankkredite nicht mehr, wie früher, durch die Inflation verwässert wurden.

Die bebaute Fläche stieg in der genannten Periode um 5,2% auf 32,42 Mio. ha. Davon entfallen 9,71 Mio. ha. auf Getreide, 9,02 Mio. auf Ölsaaten und 750.000 ha auf sogenannte industrielle Kulturen (Baumwolle, Tabak, Zucker, Weintrauben, u.a.). Die verbleibenden 12,94 Mio. ha. entfallen auf andere Kulturen, wie Futterpflanzen, Obst, Gemüse, Forstwirtschaft u.a. Zwischen 1988 und 2002 nahm die mit Getreide bebaute Fläche um 30% und die mit Ölsaaten bebaute Fläche um 65% zu. Die Fläche der industriellen Kulturen nahm hingegen um 41% ab. Die Baumwolle erfuhr Mitte der 90er Jahre eine starke Expansion, der in den letzten Jahren, und besonders 2002/03 ein ausgeprägter Rückgang folgte.

Die einzige Gegend, in der die bebaute Fläche abnahm, ist die Cuyo-Gegend (Mendoza und San Juan), wo sie von 365.000 auf 273.000 ha. zurückging. Das ist vornehmlich darauf zurückzuführen, dass die Weinproduktion quantitativ zurückging, wobei jedoch ein qualitativer Sprung stattfand. Gewöhnlicher Tafelwein wurde durch Bier und alkoholfreie Getränke weitgehend verdrängt. Hingegen nahm der Konsum von guten Weinen zu, die auch zunehmend exportiert werden. Im Nordwesten hingegen (Jujuy, Salta, Tucumán, Catamarca, La Rioja, Chaco und Formosa) fand eine Flächenzunahme von 48,6% statt, von 1,58 auf 2,53 Mio. ha. Das ist vornehmlich auf die Expansion der Sojabohne zurückzuführen. Ausserdem wurde im Westen der Provinz Chaco die als „El impenetrable“ bekannte Gegend für die Landwirtschaft nutzbar

gemacht.

Der Zensus weist auch darauf hin, dass die Zahl der Rinder seit 1988 praktisch stabil geblieben ist und jetzt 46,97 Mio. erreicht. Diese Zahl kann als falsch angesehen werden, da die Landwirte ihren Viehbestand zum Teil verheimlichen, vornehmlich aus steuerlichen Gründen. Bei den Impfungen gegen die Maul- und Klauenseuche ergeben sich jeweils über 55 Mio. Rinder, wobei es unwahrscheinlich ist, dass die Landwirte ihre Rinder zwei Mal impfen. Deshalb stimmen auch die Berechnungen des Rindfleischkonsums nicht, der jetzt mit knapp über 60 kg pro Kopf und pro Jahr angegeben wird, nachdem er traditionell über 70 kg und Ende der 70er Jahre sogar über 90 kg lag. Schwarze Rinder (im steuerlichen Sinn) werden schwarz geschlachtet und schwarz vertrieben und verkauft. 1997 hat das Steueramt errechnet, dass dabei \$ 800 Mio. (gleich Dollar) hinterzogen werden. Dies hat sich danach kaum geändert, da die Kontrolle der Rinderwirtschaft, die sich im Wesen auf eine eingehende Kontrolle der Schlachthöfe konzentriert, vom Steuer-

amt nicht durchgeführt wird, wobei sich die Bürokraten auch der Initiative von Felipe Solá, als er Landwirtschaftssekretär war, widersetzen, eine private Kontrolle der Schlachthöfe zu verpflichten.

Der Schafbestand hat sich um 44% verringert, was auf den niedrigen Wollpreis zurückzuführen ist, der auch in Australien zu einem drastischen Abbau der Schafwirtschaft geführt hat. Wolle wurde weitgehend durch Kunstfasern ersetzt. Auch wirkten sich natürliche ungünstige Umstände aus, wie der Ausbruch eines Vulkans in Chile, der viele Schafe in der Provinz Santa Cruz tötete.

Der Bestand an Schweinen ging um 37% auf 2,1 Mio. zurück, was nicht hätte sein sollen. Dies wird auf Importe aus Brasilien zurückgeführt, die angeblich subventioniert werden. Denn sonst hat dies wenig Sinn, da die Futtermittel für die Schweinezucht in Argentinien reichlich vorhanden und nicht teurer als in Brasilien sind. Die Schweinezucht eignet sich sehr gut für kleine Landbetriebe, erfordert jedoch viel Arbeit. Und das scheint eben das Problem zu sein.